

INFO

AKW Grohnde 1992:**K(l)eine besondere(n) Vorkommnisse**

'The same procedure than every year': Auch dieses Jahr hat es bis in den Herbst gedauert, bis alle uns bekannten Quellen verfügbar waren, um das vergangene Betriebsjahr des AKW Grohnde für unsere LeserInnen zu dokumentieren. Aber daran hat sich immer noch nichts geändert: die einschlägigen Jahresberichte des Bundesumweltministeriums lassen nach wie vor lange auf sich warten. Und wenn sie dann endlich erschienen sind, bedeutet das noch lange nicht, daß man sie hat: das hat auch dieses Jahr wieder mehrerer Briefe im Abstand von 4 Wochen und vieler Geduld bedurft, bis die Töpfer-Behörde endlich verstanden hatte, was wir haben wollten. Und bis heute ist der größte Teil unserer Bestellung immer noch ht bei uns eingegangen.

Aber immerhin hat uns nun der Störfall-Bericht 1992 erreicht. Aus diesem geht hervor, daß die Grohnde-Betreiber 1992 insgesamt 7 "meldepflichtige Vorkommnisse" nach Bonn gemeldet hat (siehe Kasten). Die Gesamtzahl der gemeldeten Pannen seit Inbetriebnahme betrug somit 109 per 31.12.1992. Mit "nur" 7 Zwischenfällen war das im übrigen das bislang pannenärmste Jahr. Und es handelte sich um eher geringfügige Störungen. Aber - wie der VAU nicht müde wird zu betonen - die Erfahrung lehrt, daß kleine Ursachen mitunter große Auswirkungen haben und jede noch so kleine Störung unter ungünstigen Umständen zur Katastrophe führen kann.

Einige der Pannenmeldungen verdienen besondere Aufmerksamkeit: Mit Datum vom 30.04.1992 wird von einer fehlenden Quetschmutter an einem Brennelement des Erstkerns berichtet. Dies ist nicht zum ersten Mal passiert: Sowohl bei der Revision 1986 als auch im Mai 1989 wurde der Verlust solcher Muttern festgestellt. Wir

haben seinerzeit bereits darauf hingewiesen, daß durch lose Metallteile, die im Reaktordruckbehälter herumfliegen, unter Umständen Beschädigungen der Brennelemente und damit verbunden möglicherweise erhöhte Freisetzen von Radioaktivität hervorgerufen werden können. Interessant in diesem Zusammenhang ist übrigens, wie die PreussenElektra die-



sen Vorfall durch die DWZ verharmlosen läßt. Letztere schreibt nämlich am 18. Mai 1992: "...Das Element wird im nächsten Betriebszyklus nicht eingesetzt." Das klingt ja beruhigend: die aufmerksamen Atomingenieure haben offenbar rechtzeitig bemerkt, daß ein Brennelement nicht in Ordnung ist und setzen es deshalb nicht ein. Daß sie das Fehlen der Quetschmutter erst bemerkt haben, nachdem das Brenn-

element im Einsatz gewesen ist (der "Erstkern" wurde ja bereits 1984 in den Reaktor eingebracht!), fällt dabei unter den Tisch.

Auf die bislang 10. Reaktorschnellabschaltung am 05.06.1992 sind wir bereits in unserem Info Nr.23 vom Oktober 1992 ausführlich eingegangen.

Ein Störfall taucht seltsamerweise nicht in Töpfers Jahresbericht auf: Am 25.03.1992 meldet die DWZ unter der Überschrift "Panne im AKW", daß bei einer Brandschutzübung entdeckt wurde, "daß eine von vier Brandschutzklappen eines begehbaren Kabelkanals nicht vorschriftsmäßig schloß". Der Bericht endet mit der Feststellung "Es wurde der Aufsichtsbehörde gemeldet." Von diesem Zwischenfall ist im Störfall-Bericht nichts zu finden! Der VAU wird dieser Angelegenheit nachgehen.

Fortsetzung auf S.2

Aus dem Inhalt

AKW Grohnde: Jahresbilanz 1992

Tschernobyl-Requiem

VAU-Meßreihe "Nitrat im Trinkwasser"

EG-Bio-Verordnung

Neu: GAMMA-Meßstationen mit PC

VAU-Finanzen

Aktionskreis Ozonalarm

GAU-Projekt "Phébus"

Fortsetzung von S.1

Abgesehen von den Störfällen war das Jahr 1992 für die "Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH" sehr profitträchtig: rund 10,4 Millionen Megawattstunden Strom konnte sie verkaufen - das zweitbeste Jahresergebnis nach 1985. Den Rest der Jahresproduktion - immerhin noch knapp 600.000 MWh - hat das Kraftwerk selbst verbraucht. In unserer Grafik wird das durch die Gegenüberstellung von Brutto- und Nettoproduktion veranschaulicht. Außerdem haben wir noch die Arbeitsausnutzung eingezeichnet; 100% entsprechen dabei dem ganzjährigen ununterbrochenen Betrieb bei voller Leistung.

Übrigens: die AKW-Manager aus Grohnde geben seit 2 Jahren ebenfalls einen Jahresbericht heraus. In diesem Hochglanz-Faltblatt mit vielen bunten Grafiken ziehen sie es jedoch vor, die sogenannte "Zeitverfügbarkeit" darzustellen, also das Verhältnis der Gesamtstundenzahl des Jahres zur Anzahl der Stunden, in denen das Kraftwerk für die Stromerzeugung zur Verfügung stand. Die "Arbeitsausnutzung" berücksichtigt darüber hinaus aber auch die Zeiten, in denen zwar Strom hätte produziert werden können, mangels akutem Bedarf daran jedoch nicht wurde. Das halten wir für reeller.

Selbstverständlich wurde die Bevölkerung im Landkreis auch wieder durch Atomtransporte gefährdet. Nach unseren Erkenntnissen wurden folgende Transporte durchgeführt:

- Im Juni wurden 3 Container mit radioaktivem Abfall nach Schweden sowie ein weiterer an die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Essen verfrachtet.

- Im Oktober wurden 11 abgebrannte Brennelemente zur Wiederaufbereitung an die COGEMA in Frankreich auf den Weg gebracht.
- Auch im November ging eine derartige Bahnfracht mit gleichem Inhalt an die COGEMA. Außerdem wurden 36 frische Brennelemente angeliefert.

In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal daran erinnern, daß das Niedersächsische Umweltministerium seine Zustimmung zum Wiederaufahren der Anlage nach der letztjährigen Revision mit einem deutlichen Hinweis auf die Entsorgungsfrage verband. In der DWZ vom 21.05.1992 hieß es dazu weiter:

"Die Betreiber werden darin ausdrücklich aufgefordert, zu erklären, wie sie in Zukunft sicherstellen wollen, daß die im Atomgesetz geforderte Verwertung der radioaktiven Reststoffe schadlos erfolgt und wie die zurückzuliefernden Abfälle sicher beseitigt werden sollen.

Mit diesen Fragen wolle das Umweltministerium die Betreiber des Kernkraftwerks darauf aufmerksam machen, daß sich die Anforderungen an den Entsorgungsnachweis in Zukunft ändern können, war gestern aus dem Pressereferat zu hören.

Immerhin habe sich durch den Verzicht auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf die Situation grundlegend verändert..."

Seitdem haben wir davon nichts mehr gehört. Wir werden jedoch beim Umweltministerium in Hannover nachfragen, ob die PreussenElektra sich mittlerweile dazu geäußert hat. Weiteres dazu im nächsten VAU-Info.

Bei dieser Gelegenheit werden wir auch

bezüglich einer anderen Verlautbarung aus dem Griefahn-Ministerium nachhaken: Wie die "Tageszeitung" am 31.03.1992 berichtete, hatte der damalige Staatssekretär und jetzige Regierungspräsident Jan Henrik Horn zugesagt, alle vier niedersächsischen AKW einer Schwachstellenanalyse zu unterziehen. Diese sollte noch vor den Sommerferien 1992 begonnen werden. Seitdem herrscht in dieser Angelegenheit das berühmte Schweigen im Walde. Dabei sollte diese Analyse doch zumindest schon Zwischenergebnisse zutage gefördert haben. Wie gesagt, wir haken nach und halten Sie / Euch auf dem laufenden.

Auch im Bereich "Genehmigungen" tat sich 1992 etwas. Ende Juli konnte man den "Amtlichen Bekanntmachungen" entnehmen, daß das AKW Grohnde mit einer gefilterten Druckentlastung ausgestattet werden soll. Diese soll im Fall des Falles, nämlich wenn der Reaktor "durchzugehen" droht und der Druck im Sicherheitsbehälter immer weiter ansteigt, dafür sorgen, daß dieser Druck nach außen abgelassen werden kann, bevor die Reaktorkuppel platzt. Da das, was da abgelassen werden soll, hochradioaktiv ist, werden in diese Druckentlastung Filter eingebaut: ein Metallfaserfilter für die Schwebstoffe sowie ein Molekularsieb für das Jod. "Danach kann das Gemisch ohne Bedenken in die Umgebung abgegeben werden" so im Brustton der Überzeugung der Bereichsleiter für Maschinentechnik im AKW Grohnde, Volker Meyer. Und was ist mit den radioaktiven Edelgasen? Die fallen wohl unter das "Restrisiko". Die Genehmigung erstreckt sich übrigens lediglich auf die baulichen Maßnahmen; wann und wie die gefilterte Druckentla-

"Besondere Vorkommnisse" im AKW Grohnde laut Störfall-Bericht 1992

Datum	Ereignis	Kat. ¹	INES ²
10.01.1992	Defektes Zeitglied im Reaktorschutzsystem bei Wiederkehrender Prüfung	N	0
18.03.1992	Unverfügbarkeit zweier Hauptspeisewasserpumpen	N	0
19.04.1992	Nichtschließen einer Primärkreisabschlußarmatur in der Dichtungsleckageleitung einer Hauptkühlmittelpumpe bei Wiederkehrender Prüfung	N	0
25.04.1992	Nichtschließen einer Druckspeicherarmatur bei Wiederkehrender Prüfung	N	0
30.04.1992	Fehlende Quetschmutter am Fuß eines Brennelementes des Erstkerns	N	0
19.05.1992	Auslösung der Notkühlkriterien in einer Redundanz beim Anfahren der Anlage	N	0
05.06.1992	Reaktorschnellabschaltung durch Ausfall von Hauptkühlmittelpumpen	N	0

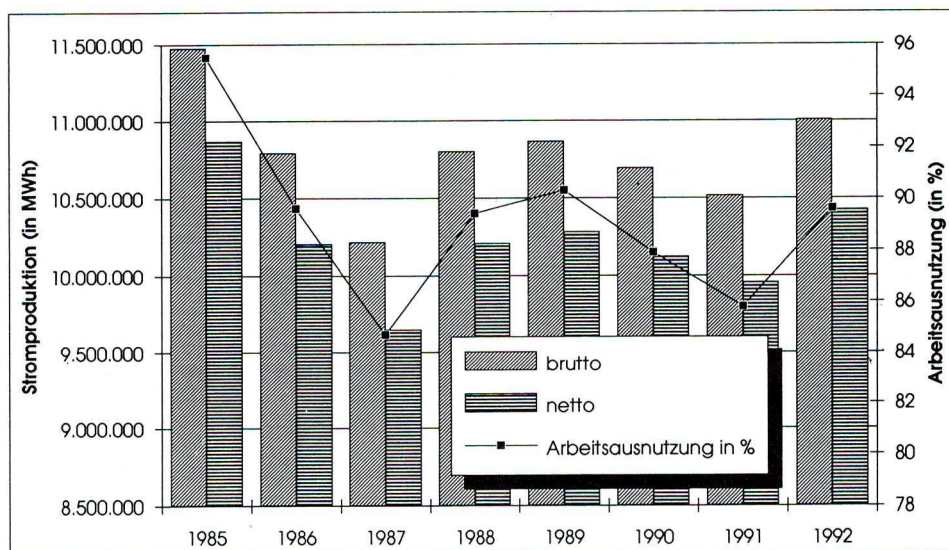
Alle Angaben nach:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
"Übersicht über meldepflichtige Ereignisse in Kernkraftwerken der
Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1992"

1) Behördliche Meldekategorie:

S - Sofortmeldung
E - Eilmeldung
N - Normalmeldung

2) Internationale Bewertungsskala ("International Nuclear Event Scale")

0 - unterhalb Skala
1 - Störung
2 - Störfall
3 - Ernster Störfall
4 - Unfall
5 - Ernster Unfall
6 - Schwerer Unfall
7 - Katastrophaler Unfall



stung zum Einsatz kommen darf, "wird Gegenstand ... eines noch zu erstellenden Notfallhandbuches sein." (Genehmigungsbescheid 1/1992 vom 24.06.1992)

Bleibt noch nachzutragen, daß unsere Pressearbeit zur fragwürdigen Erdbebensicherheit des Grohnder Atommeilers (vgl. VAU-Info Nr. 22 vom April 1992) wenigstens in einem Punkt Früchte getragen hat: Das Umweltministerium in Hannover hat den Betreibern empfohlen, Instrumente zur Erdbebenerfassung zu installieren, was diese auch zugesagt haben.

Das waren also die Highlights 1992 im AKW Grohnde. Es ist mal wieder (fast) alles gutgegangen. Und die neugestrichene Reaktorkuppel erstrahlt in reinem Weiss. Kein Grund zur Beunruhigung also? Doch: solange der Reaktor in Grohnde läuft, ist eine Katastrophe möglich. Und dieser bedrohlichen Gefahr vor unserer Haustür kann man nur auf einem Wege wirkungsvoll begegnen: Abschalten, und zwar für immer!

Tschernobyl-Requiem:

Solidarität oder Propaganda?

Auf eine ganz besondere Weise erinnerte der Paritätische Wohlfahrtsverband im vergangenen August an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für internationale kulturelle Initiativen (ICI) in Brjansk veranstaltete das Paritätische Sozialzentrum Hameln unter der Schirmherrschaft von Hiltrud Schröder, der Vorsitzenden der Niedersächsischen Stiftung "Kinder von Tschernobyl", im Hochzeitshaus eine Ausstellung des Bildhauers Waleri Titivkin aus Komaritschi und des Fotoreporters Leonid Sverdlov von der Nachrichtenagentur ITAR-TASS.

Allein in der Gegend um das russische Brjansk müssen 7 Jahre nach dem atomaren Desaster immer noch 450000 Menschen in einer radioaktiv verseuchten Umwelt leben; insgesamt sollen es in Rußland, Belorußland und der Ukraine 5 Millionen Männer, Frauen und Kinder sein, die keine Wahl und auch keine Hoffnung mehr haben.

Während die Fotos Stücke der äußeren Wirklichkeit in den verstrahlten Regionen zeigten, drückten die Skulpturen etwas von den Gefühlen der Opfer aus: Köpfe, Gesichter und Hände, erstarrt in Entsetzen, Angst, Trauer und Schmerz ... Gefühle, die seinerzeit auch Menschen in Deutschland ergriffen, als sie im Fernsehen den brennenden Reaktor sahen, ihre Salatpflanzen im Garten herausrissen und ihren Kindern das Spielen im Sandkasten

verboten. Norbert Raabe, der als Geschäftsführer des Paritätischen die Abschlußveranstaltung zu der Ausstellung eröffnete, lenkte noch einmal den Blick auf den Sommer 1986 und fragte selbstkritisch nach der Verantwortung aller derjenigen, die dafür gesorgt und es auch hingenommen haben, daß unser Land mit Atomkraftwerken überzogen wurde. So sehr diese nachdenklichen Worte angesichts der ausdrucksvollen, dunkel schimmernden Skulpturen, der nüchternen Fotos und der lebendigen Gesichter der Ferienkinder aus Brjansk die Mehrzahl der Gäste auch bewegten, so wenig beeindruckt zeigte sich davon die anwesende, überwiegend sozialdemokratische Politprominenz. So sprach der Landtagsabgeordnete Klaus Nolting davon, daß eine solche Ausstellung "betroffen und nachdenklich" mache und schlug dann auf unnachahmliche Weise den Bogen zur Finanznot der Städte und Gemeinden. Währenddessen fiel es der Bundestagsabgeordneten Brigitte Schulte, die vor Veranstaltungsbeginn lauthals verkündete, daß sie eigentlich des Ausbaus der Löhner Bahn wegen im Wahlkreis weile, sichtlich schwer, nicht im Programm vorgesehen zu sein und einfach nur still dazusitzen und zuzuhören - die Ex-Lehrerin versuchte so auf sich aufmerksam zu machen, wie es die Kinder in den ersten Schuljahren tun, indem sie herumgucken, zappeln und dazwischenreden. Dagegen setzte die Oberbürgermeisterin Christa Bruns wieder einmal auf ihre professionelle Fröh-

lichkeit, sprach von Völkerverständigung, stellte den russischen Kindern ihren baldigen Besuch auf dem Finkenborn in Aussicht und scheute sich schließlich nicht, der Hauptrednerin Hiltrud Schröder einen jener unsäglichen roten "Hameln"-Regenschirme, die unschuldigen Menschen zuweilen ins Auge stechen, aufzunützen, da ja, so begeisterte sich das blonde Stadtoberhaupt über diese tolle Idee, eine Schirmherrin ...

Hiltrud Schröder aber war offensichtlich nicht gekommen, um im Vorwahljahr den örtlichen Parteimatadoren mit einem gut verkäuflichen Hilfsprojekt gefällig zu sein. Ebenso wenig schien sie das Bedürfnis zu haben, sich selbst als Frau des Ministerpräsidenten im Glanze eigener Wohltätigkeit zu sonnen.

Vielmehr berichtete sie in schlichten Worten von ihrer gerade erst beendeten Reise durch Belorußland. Sie erzählte von den fruchtbaren Landschaften, die weiterhin so verstrahlt sind, daß die Menschen ihre Früchte nicht essen dürfen und doch keine andere Wahl haben. Sie erzählte von den evakuierten Dörfern, in denen die alten Leute, die nicht mehr in die Fremde gehen wollten, ihren Tod erwarten.

Sie schilderte, wie das Ausmaß der Katastrophe von Jahr zu Jahr deutlicher wird: Nach den Menschen, Erwachsenen und Kindern, die seinerzeit unmittelbar Strah-

Fortsetzung auf S.4

Fortsetzung von S.3

lenschäden erlitten haben, daran erkrankt und gestorben sind, zeigt sich jetzt, daß auch die nachgeborenen Kinder an Mißbildungen und Erkrankungen leiden, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Reaktorunfall zu stehen scheinen.

Diese Erfahrungen haben Hiltrud Schröder nach ihren Worten zu zwei Schlußfolgerungen geführt:

1. Die betroffenen Staaten verfügen nicht über die Möglichkeiten, die Opfer angemessen medizinisch zu versorgen, so daß weitere Hilfe nötig ist. Hier ist unter ihrem Vorsitz die 1992 von der Landesregierung errichtete Stiftung "Kinder von Tschernobyl" tätig.

Da nicht nur in den stark verstrahlten Regionen die Zahl der Erkrankungen an Schilddrüsenkrebs sprunghaft angestiegen ist, hat die Stiftung sich zunächst die Bekämpfung dieses besonders gefährlichen Krebses zur Aufgabe gesetzt. So werden durch die Bereitstellung von Ultraschallgeräten sowie die Weiterbildung von Ärzten und medizintechnischem Personal in ausgewählten Krankenhäusern Einrichtungen zur Früherkennung geschaffen und Medikamente zur

Behandlung der erkrankten Kinder geliefert.

2. Sie ist entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um eine atomare Katastrophe in unserem Land zu verhindern, und wendet sich eindeutig gegen die weitere Nutzung und des Ausbau der Atomenergie.



Darin sind wir uns einig mit ihr. Dafür stehen wir auch mit 9 langen Jahren der Umgebungsüberwachung ein. Wir wünschen uns, daß es keine weiteren 9 Jahre mehr dauert, bis das Atomkraftwerk Grohnde abgeschaltet wird. Der Ministerpräsident dieses Landes steht bei uns und vielen andern mit seinem Versprechen zum Ausstieg aus der Atomenergie im Wort.

Ob und wie er es einlösen kann, hängt nicht allein von ihm und den anderen Managern des "Energie-Konsenses" ab, sondern auch von denen, die sich so gern sehen und fotografieren lassen, während sie strahlengeschädigten Kindern aus Rußland Gutes tun, die aber auch im Angesicht der Katastrophe immer noch kein Wort über das Atomkraftwerk verlieren, in dessen Schatten wir und unsere Kinder leben, und dem sie persönlich auf unterschiedliche Weise von Anfang an und immer wieder ihren politischen Segen gegeben haben - im Rat der Stadt, im Kreistag, im Landtag und im Bundestag.

Die Abbildungen auf Seite 1, 4 und 8 zeigen Skulpturen von Waleri Titivkin. Fotos: VAU e.V.

Finanzbericht 1992:

Das liebe Geld

Das liebste Kind des Schatzmeisters ist immer die Einnahmenseite, und die sah im Jahre 1992 wie folgt aus:

Spenden	DM 4.854,11 = 32,8 %
Mitgliedsbeiträge	DM 3.995,00 = 26,9 %
Bußgelder	DM 3.750,00 = 25,3 %
Sonstiges	DM 2.213,46 = 15,0 %

Die Einnahmen gingen leider um insgesamt DM 6.000,00 = 26,3 % zurück. Besonders zu beklagen ist hierbei der Beitragsrückgang um fast 1.000 DM (oder 18,6 %.) Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Mitglieder unseres Vereins an ihre Beitragspflicht erinnern. Erfreulich hingegen war die Zunahme der zugewiesenen Bußgelder um ca. DM 1.750 = 80 %.

Eine Beitragsmahnaktion ist so sicher wie das Amen in der Kirche; allerdings ist diese aber auch unumgänglich, weil uns das Finanzamt hinsichtlich des "Eintreibens" der Mitgliedsbeiträge auf die Finger schaut. Im übrigen können wir unser Engagement im Bereich Nitrat-

messung von Trinkwasser und den Kampf gegen die Atomenergie nur mit entsprechenden Mitteln (= Geld) weiterführen!

Selten geliebt - aber notwendig: die Ausgaben in 1992(hier die wichtigsten Posten):

Büromiete	DM 5.155,24 = 30,7 %
Computer	DM 2.339,00 = 14,0 %
EDV-Zubehör	DM 1.412,04 = 8,4 %
Porto	DM 1.324,40 = 7,9 %
Meßanl.-Wartung	DM 1.320,00 = 7,9 %
Seminarkosten	DM 1.209,38 = 7,2 %
Versicherung	DM 1.132,10 = 6,7 %
INFO-Kosten	DM 626,92 = 3,7 %

Eine alte kaufmännische Weisheit sagt: "Man/frau kann nur ausgeben, was man/frau einnimmt!" Diese Tugend haben wir redlich beachtet und unsere Gesamtausgaben in 1992 um ca. DM 5.000 = 20 % reduziert.

Trotz des schwierigen (finanziellen) Jahres 1992 schreibt der Verein schwarze Zahlen.

Darlehen bestehen keine, das Vereinsvermögen belief sich zum 31.12.1992 auf insgesamt DM 1.625,63.

Für 1993 stehen wichtige Neuerungen, die sich natürlich auf der Ausgabenseite bemerkbar machen, an: Die Umrüstung der Radioaktivitäts-Meßstellen sei hier als Hauptaufgabe genannt. Diese Investition verschlingt einige Tausend D-Mark! Daher möchten wir an dieser Stelle (nochmals) darauf hinweisen: Spenden Sie - liebe Leserin und lieber Leser - unter Ausnutzung steuerlicher Vorteile. Da der VAU e.V. gemeinnützig ist, können Spenden bis DM 100,00 direkt auf unser Vereinskonto Nr. 106009822 bei der Stadtparkasse Hameln, Bankleitzahl: 254 500 01, vorgenommen werden! Ihr Überweisungsbeleg (Durchschrift) genügt zur Vorlage beim Finanzamt! Bei Spenden über DM 100,00 bitte auf das Konto: STADT HAMELN, Konto-Nr. 1636, Stadtparkasse Hameln, Bankleitzahl: 254 500 01, Verwendungszweck (wichtig): Spende für den VAU, überweisen! Und bei allen Überweisungen/Einzahlungen vergessen Sie bitte nicht Ihre vollständige Absenderangabe mit Adresse. Wir bedanken uns schon jetzt für Ihre Spendenbereitschaft (und schließlich steht auch bald Weihnachten vor der Tür - das Weihnachtsgeld will schließlich sinnvoll angelegt sein! Im übrigen sind kostspielige Geschenke sowieso out).

Neu in Hameln

Aktionskreis Ozonalarm

Ozon ist die wichtigste der chemisch aggressiven Substanzen, die den sogenannten Sommer-Smog ausmachen. Unter intensiver Sonneneinstrahlung braut sich

ökologisch und medizinisch kritisch zu bewerten ist."

"...Aus den Grafiken ist ersichtlich, daß insbesondere in den letzten Jahren die

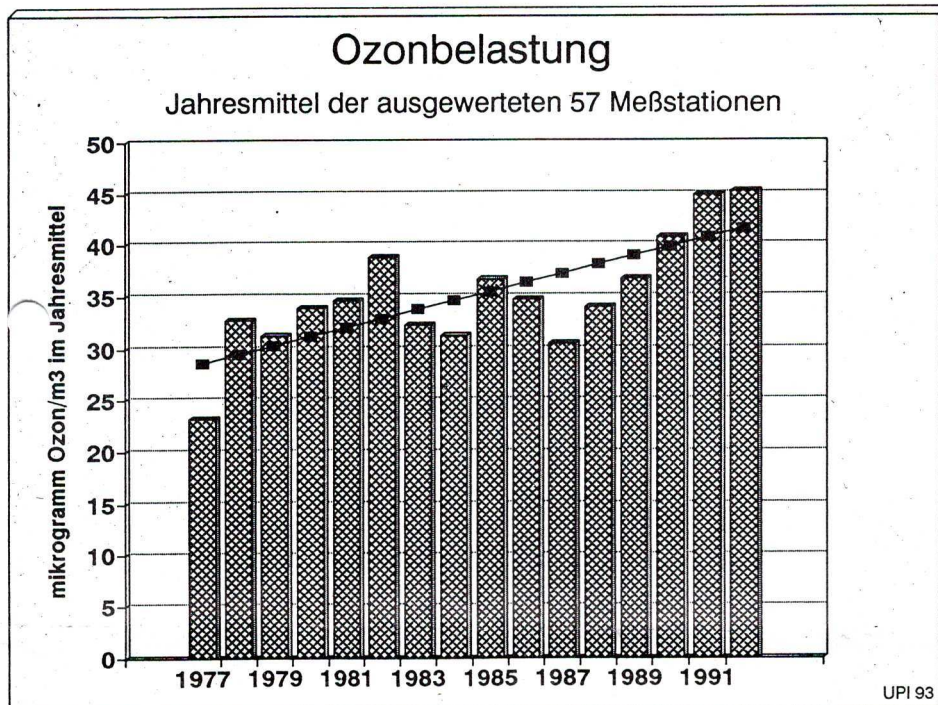
Problem angemessen zu begegnen."

Die zweite Grafik zeigt die Überschreitung des vom Verein deutscher Ingenieure (VDI) empfohlenen MIK-Richtwertes (Maximale Immissionskonzentration) von 120 Mikrogramm Ozon/m³. Die dargestellte Stundenzahl gibt dabei an, wieviel Stunden in dem betreffenden Jahr die Ozon-Konzentrationen an der jeweiligen Meßstelle über diesem Richtwert lag. Untersuchungen u.a. des VDI zeigen, daß die gesundheitlichen Beeinträchtigungen beim Menschen ab etwa 100 bis 140 Mikrogramm Ozon/m³ im Stundenmittel beginnen.

(Alle Zitate und Grafiken sind dem UPI-Bericht 26 des Umwelt- und Prognose-Institutes Heidelberg e.V. vom Juni 1993 entnommen.)

Auch vor unserem "idyllischen Weserbergland" macht die steigende Ozonbelastung nicht halt. Im Frühsommer dieses Jahres erging ein Schreiben des Hamelner Gesundheitsamtes an alle Kindergärten, die Kinder an Tagen mit starker Sonneneinstrahlung zwischen 11 und 16 Uhr nicht im Freien spielen zu lassen. Dieses war der Auslöser für einige Hamelnerinnen, im Juni 93 zur Gründung des Aktionskreises OZONALARM aufzurufen. "KINDER IN DIE GARAGE - DAMIT DIE AUTOS DRAUSSEN SPIELEN KÖNNEN?" - so der Slogan einer Aktion des VCD (Verkehrslub Deutschland) zum Sommersmog. Dieser Entwicklung will der Aktionskreis nicht länger tatenlos zusehen!

Fortsetzung auf S.6



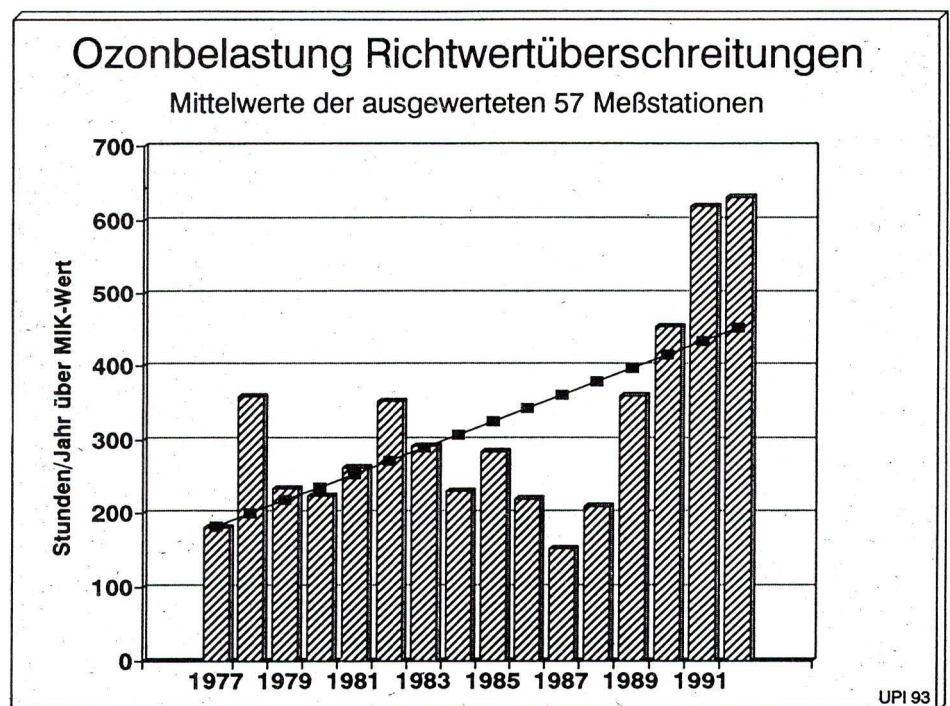
überwiegend aus den Autoabgasen das Reizgas Ozon in hohen Konzentrationen zusammen.

Als Folgen einer Ozonbelastung treten folgende Symptome auf: Beeinträchtigung der Lungenfunktionen, Verringerung des Atemvolumens, Müdigkeit, Beeinträchtigung der physischen Leistungsfähigkeit, Husten, Engegefühl in der Brust, Lungenschmerzen, Kopfschmerzen, Nasen-, Rachen- und Augenreizungen, ..., chronisch obstruktive Atemwegserkrankungen, Begünstigung von Allergien". Ozon schädigt auch die Pflanzen. Weltweit ist es eines der bedeutensten Pflanzengifte. Ozon ist u.a. Mitverursacher des Waldsterbens.

"Die an amtlichen Meßstellen gemessenen Ozon-Konzentrationen zeigen in der Vergangenheit eine kontinuierliche Zunahme." (siehe Grafik "Ozonbelastung - Jahresmittel der ausgewerteten 57 Meßstationen").

"...Noch kritischer stellt sich die Situation dar, wenn statt eines über das gesamte Jahr gemittelten Wertes die Häufigkeit der Überschreitungen des Ozon-Richtwertes betrachtet wird. Dabei wird nur der Zeitraum mit hohen Ozon-Werten betrachtet, der im eigentlichen Sinne als

Zeitdauer mit kritischen Ozon-Konzentrationen dramatisch anstieg. Dieser Sachverhalt wurde bisher weder veröffentlicht, noch sind von staatlicher Seite aus Programme erkennbar, diesem

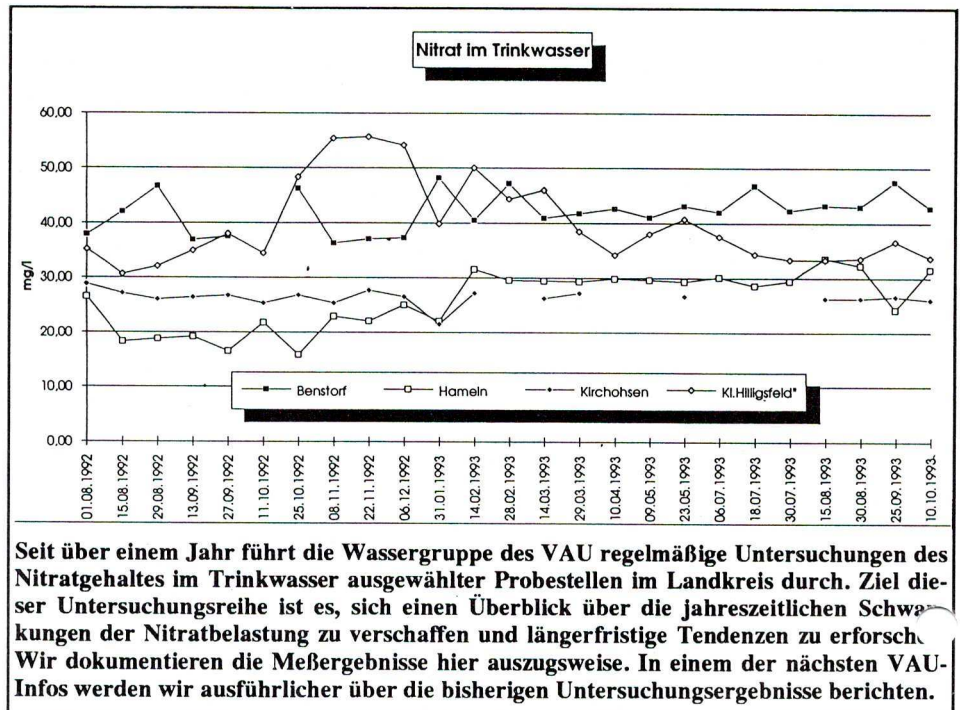


Fortsetzung von S.5

Hauptanliegen ist es, sich neben der Aufklärung und Information über Entstehung und Gefahren des bodennahen Ozons für die Verringerung des Autoverkehrs im Hamelner Raum einzusetzen.

Am Mittwoch, den 27.10.93, lädt der AK OZONALARM zusammen mit BUND, Mütterzentrum und ADFC zu einer Veranstaltung um 20 Uhr in die Sumpflume ein. Unter dem Titel "OZONALARM - Hintergrundinformationen über Gefährdungen durch das bodennahe Ozon nicht nur aus medizinischer Sicht" wird es im Rahmen des "Forum Zukunft" einen Vortrag mit anschließender Gesprächsrunde mit Dr. med. Markus Hedemann (BUND Hameln) geben.

Die nächsten Treffen des Aktionskreises OZONALARM finden am 1.11. und am 29.11. jeweils um 20 Uhr beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, Kaiserstr. 80 statt. Alle Interessierten sind dazu herzlich eingeladen. ●



Aus alt mach neu:

Der VAU rüstet auf

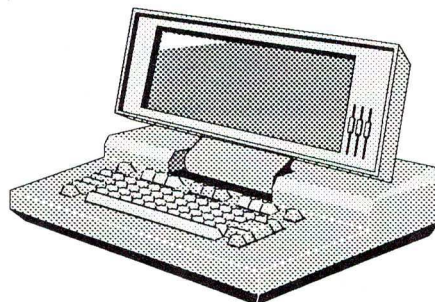
Auch der technische Fortschritt und der VAU machen voreinander nicht halt: Wir sind dabei, unsere Meßstellen-Ausstattung zu modifizieren.

Bisher haben wir an unseren GAMMA-Meßstellen Computer vom Typ VC20 der Fa. Commodore eingesetzt. Diese Rechner sind speziell für unsere Zwecke nachträglich umgebaut worden: neben einer Speichererweiterung wurden sie mit einer inneren Uhr versehen, die zur Zeitsteuerung der Meßdatenerfassung notwendig ist. Zur Speicherung der Meßdaten werden sogenannte Dassetten verwendet; das sind spezielle Daten-Cassetten-Rekorder, die die gemessenen Werte auf normale Musikkassetten aufzeichnen. Außerdem gehört zu jeder Meßstelle auch noch ein kleiner Fernsehapparat als Monitor. Die Daticassetten werden dann wöchentlich eingesammelt, wiederum durch Commodore-Rechner und Dassette eingelesen und auf einen normalen Personal Computer (PC) übertragen. Die gesamte weitere Auswertung und Archivierung geschieht dort.

Nun stehen wir seit einiger Zeit vor dem Problem, daß 1. die Commodore-Rechner allmählich das Ende ihrer Lebenszeit erreichen (sie laufen ja nun auch schon

seit über 9 Jahren nahezu ununterbrochen!), daß aber 2. keine VC20 mehr erhältlich sind und auch die Tage seines größeren Bruders, des C64 gezählt sind. Im Falle des VAU hat das dazu geführt, daß 2 unserer 5 Meßstellen bereits seit einiger Zeit wegen VC20-Defektes brachliegen.

Wir, d.h. die in der AUA, der "Arbeitsgemeinschaft Umgebungsüberwachung



von Atomanlagen" zusammengeschlossenen Überwachungs-Vereine haben deshalb bereits letztes Jahr beschlossen, unsere Meßstellen nach und nach auf PC umzurüsten. Dazu sollen VC20, Dassette und Fernseher durch einen Laptop (das ist ein kleiner, aufklappbarer PC mit im Deckel integrierten Bildschirm) ersetzt werden. Die Daten würden dann statt auf Cassette auf Diskette gespeichert. Die Meßwerte könnten dann durch einfaches Kopieren

auf den Auswerte-PC gebracht werden. Zudem bringt die Umrüstung für uns auch etliche weitere Vorteile mit sich: ein Laptop, selbst der kleinste, bietet erheblich mehr Rechen- und Speicherkapazität als ein VC20, was uns unter anderem in die Lage versetzt, von 15-Minuten-Meßzyklen auf 5-Minuten-Intervalle umzustellen - eine sehr viel bessere zeitliche Auflösung und damit wesentlich höhere Genauigkeit der Meßwerte als bisher. Außerdem sind die PCs viel leichter zu handhaben und - im Falle eines Defektes - problemlos zu ersetzen.

Eines unserer Hauptanliegen bei der Hardware-Umstellung ist, einen möglichst "weichen" Übergang zu schaffen: die übrige Hardware an den Meßstellen (Meßwertgeber, Meßwertsammler, Notstromversorgung) soll weiter verwendet werden. Vor allem aber soll das neue, PC-gestützte System parallel mit dem bestehenden Commodore-Meßstellen laufen können. Sonst müßten wir nämlich alle Meßstationen auf einmal umrüsten, was unsere finanziellen Möglichkeiten bei weitem überschreiten würde.

Denn - wie sich die aufmerksamen LeserInnen sicherlich bereits gedacht haben - diese Umstellung kostet neben einer

Menge Arbeit vor allem eines: Geld. Die Arbeit wollen wir gerne leisten, bei der Finanzierung sind wir auf Sie / Dich angewiesen. Wir rechnen mit Gesamtkosten in Höhe von DM 1.000 - 1.500 pro Meßstelle (die Kosten für die ebenfalls erforderliche Neuerstellung des Computerprogrammes stehen noch nicht endgültig fest; ebenso schwanken die Tagespreise für Computer ganz erheblich). Daher bitten wir Sie / Dich um Spenden. Vielen Dank im voraus!

P.S.: In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß der VAU keine Spendenbescheinigungen ausstellen darf. Wer darauf Wert legt, seine / ihre Spende bei der Steuer abzusetzen, muß den Umweg über das Konto der Stadt Hameln einschlagen. Also:

Falls Spendenbescheinigung gewünscht, Überweisung bitte auf das Konto der Stadtkasse Hameln, Kto-Nr. 1636 bei der Stadtparkasse Hameln (BLZ 254 500 01)

mit dem Vermerk "Spende für VAU e.V. Hameln - Bitte um Spendenquittung".

Wer keine Bescheinigung benötigt, für den gilt: Spenden ohne Bescheinigung bitte direkt auf das VAU-Konto 106 009 822 bei der Stadtparkasse Hameln (BLZ 254 500 01) Übrigens: Bei Beträgen bis DM 100 akzeptiert das Finanzamt normalerweise den Überweisungsbeleg als Spendenquittung. ●

EG-Bio-Verordnung

Alles unter Kontrolle?

Seit Anfang 1993 ist die EG-Richtlinie zum Biolandbau (EWG Nr. 2092/91) rechtsgültig, in der verbindlich geregelt ist, welche Landwirtschaft "Ökologischer Landbau" und welches Lebensmittel sich "Bio" nennen darf. Die Richtlinie befaßt sich bislang nur mit dem Pflanzenbau und der Verarbeitung pflanzlicher Erzeugnisse. Eine Ergänzung zur Tierhaltung ist seit langem angekündigt, bisher ist jedoch nicht einmal ein Entwurf öffentlich zugänglich. Die Pflanzenbaurichtlinie deckt sich weitgehend mit den internen Bestimmungen der anerkannten Biolandbauverbände. Von den Verbänden wird die EG-Richtlinie grundsätzlich begrüßt, gibt sie doch juristische Handhabe gegen Pseudo-Bio-Produkte. Ihre Wirksamkeit ist bereits seit 1992 zumindest im Großhandelsbereich zu spüren, weil die Verarbeiter Wert auf "astreine" Ware legen. Problematisch ist, daß die EG im Gegensatz zu den Verbänden nur 2 Umstellungsjahre fordert (in denen die Erzeugnisse noch konventionell verkauft werden müssen) und die Möglichkeit der Teilumstellung von Betrieben bei klar abgegrenzten Produktionsbereichen offen läßt. Den Anbauverbänden war von vornherein klar, daß sie sich nicht auf der EG-Richtlinie ausruhen dürfen, sondern weiterhin ihre eigenen Markenzeichen profilieren müssen.

Bioverbände überflüssig?

Seit 1989 haben Landwirtschaftsbetriebe auch in der BRD und besonders in den neuen Bundesländern am EG-gesponsorten fünfjährigen Extensivierungsprogramm teilgenommen (293.000 ha in der gesamten BRD) und Flächenprämien für den Verzicht auf chemische Pflanzenschutz- und Düngemittel kassiert. Viele haben indes als Umstellungshilfe zum Einstieg in den Biolandbau genutzt, nicht einmal ein Drittel ist jedoch einem Verband beigetreten. Es ist nicht abzusehen, wie sich die unorganisierten Landwirte nach

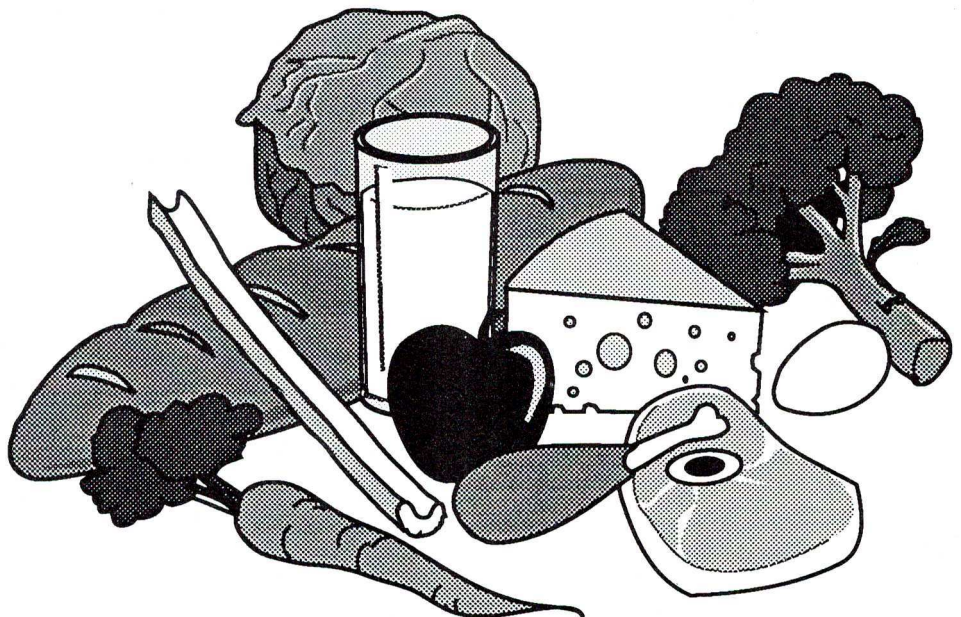
Ablauf der 5 Jahre verhalten werden. Wirtschaften sie ohne Zuschüsse extensiv weiter, steigen sie ganz aus oder drängen sie auf den Biomarkt?

Es ist aufgrund der EG-Richtlinie nicht mehr nötig, einem anerkannten Verband des Biolandbaus anzugehören. Die Kontrolle der Richtlinieneinhaltung, früher verbandsintern geregelt, obliegt jetzt der Staatsgewalt. In der BRD kontrollieren jetzt staatlich anerkannte Ingenieurbüros die Biobetriebe. Die Kosten (locker 800 DM für einen halbtägigen Kontrollbesuch) tragen natürlich die Landwirte. Die konventionelle Landwirtschaft wird pauschal als "ordnungsgemäß" angesehen und Biolandwirte "dürfen" für das Privileg bezahlen, besonders umweltschonend zu wirtschaften. Das ist so ähnlich, als müsse man in einer Verkehrskontrolle dafür bezahlen, daß nichts zu bemängeln ist.

Die Bioverbände haben damit ihre Exklusivität verloren. Während Markenzeichen wie "Demeter" und "Bioland" im Naturkostbereich und Hofladen weiter wichtig sind, können Großverarbeiter und Einzelhandelskonzerne - und hier liegt das Wachstumspotential der Branche - alles kaufen, was EG-kontrolliert ist und unter eigenem Markenzeichen anbieten (wie z.B. Tengelmann mit "Naturkind"). Eine Chance der Verbände und ihrer Vermarktungsorganisationen liegt darin, sich durch Qualitätssicherung, Liefersicherheit und Beratung bei den Abnehmern unentbehrlich zu machen.

Die CMA (Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft), die auf so ziemlich jedes Nahrungsmittel irgendein Gütesiegel klebt, möchte jetzt noch ein eigenes CMA-Bio-Prüfsiegel auflegen, das mehr Bio als EG-Bio verspricht. Was die

Fortsetzung auf S.8





GAU-Projekt Phébus:

Spiel mit dem Feuer

Seit nunmehr 5 Jahren bereitet das französische Institut für Reaktorsicherheit (IPSN) ein ganz besonderes wissenschaftliches Experiment vor, das aufgrund technischer Probleme zwar schon mehrfach verschoben, aber noch längst nicht aufgehoben ist: Bis zum Jahr 1998 sollen in dem südfranzösischen Atomforschungszentrum Cadarache, 30 km östlich von Aix-en-Provence, 6 GAUs (Größter Anzunehmender Unfall) inszeniert werden. Dabei ist den französischen Pionieren der Segen nicht nur der internationalen Atomgemeinschaft, sondern auch der Europäischen Gemeinschaft sicher: Die EG - und damit auch die Bundesrepublik Deutschland - beteiligt sich nämlich an der Finanzierung des 270 Millionen Mark teuren Projekts zu 30 % !

Für das Experiment, von seinen Vätern auch "Mini-Tschernobyl" genannt, wird in den Kern des 15 Jahre alten Forschungsreaktors Phébus ein zusätzlicher Minireaktor versenkt. Dabei handelt es sich um eine von Stahl und Keramik ummantelte Patrone von 1 m Länge und 12,5 cm Durchmesser, die 20 mit Uranpil- len gefüllte Brennstäbe enthält.

Anschließend soll es zugehen wie im richtigen Leben: Phébus wird hochgefahren und der Neutronenbeschuß im Hauptreaktor löst die atomare Kettenreaktion in der

Patrone aus. Dann provozieren die Ingenieure den Störfall, indem sie dem Minireaktor schlagartig das Kühlwasser abdrehen.

5 Stunden später - so sieht es der Plan vor - herrscht dort eine Temperatur von 2850 Grad Celsius: Die Brennstäbe bersten und das Uran verflüssigt sich. Sobald ein Fünftel des Kerns geschmolzen ist, stoppen die Ingenieure den GAU, indem sie den Hauptreaktor Phébus abschalten und - so haben sie es geplant - damit auch die Kettenreaktion in dem Minireaktor zum Erliegen bringen.

Die bei der Kernschmelze entstehende radioaktive Wolke soll mit Hilfe von zugesetztem Wasserdampf durch ein 3 cm dickes Rohr in einen Edelstahlbehälter geleitet werden und dort bleiben, bis sie später in Betonfässern entsorgt wird. 500 Meßsonden sollen während des Experiments die radiochemischen Prozesse erfassen, die während der Kernschmelze ablaufen.

Falls sich die Überzeugung der Herren von Cadarache, daß es trotz der in den letzten Monaten eingetretenen Pannen in ihrem Experiment nichts gibt, was schiefgehen könnte, als Irrtum herausstellt und die radioaktive Wolke mit einer berechneten Strahlungsaktivität von 1,1 Billionen

Fortsetzung von S.7

etablierten Bioverbände damit nafanagen sollen, ist noch offen. Können sie das CMA-Siegel für sich beanspruchen oder werden sie an den Rand gedrängt? Vielleicht überschätzt die CMA einfach mal wieder ihre Bedeutung, die in keinem Verhältnis zu den finanziellen Mitteln steht.

Gentechnik ist auch Bio?

Leider haben "eigenmächtige" Beamte der EG-Kommission in den Anhang der Bio-Richtlinie eine Formulierung hineingemogelt, wonach auch bei der Verarbeitung von Bio-Lebensmitteln genetisch veränderte Mikroorganismen eingesetzt werden können. Welche Lobby da am Werke war, ist unbekannt. War es die Verarbeitungsindustrie, die Gentechnikbranche, oder ging es nur darum, die Bio-Richtlinie beim Verbraucher zu diskreditieren? Das Europaparlament klagt beim Europäischen Gerichtshof gegen diese Sinnentsiehung der Verordnung. Dazu bedarf es jedoch noch der Beteiligung eines Mitgliedstaates. "Bioland" versucht, durch eine Briefkampagne, die Bundesregierung dazu zu bewegen.

Bequerel doch ins Freie gelangt, wird dies nach Tschernobyl die größte Verseuchung durch ein Reaktorunglück bedeuten.

Viele Menschen in der Umgebung von Cadarache sind verunsichert und haben Angst. Aber in dem von jeher technikgläubigen und atomfreundlichen Frankreich sind sie nicht geübt darin, ihren Bedenken öffentlich Ausdruck zu geben, geschweige denn offenen Widerstand zu leisten. Das tut allein Marcel Perie, ein 70jähriger pensionierter Polizist, der im Schatten von Cadarache in dem 650-Seelen-Dorf Saint-Paul-la-Durance lebt.

Was uns bleibt, ist die Teilnahme an der Kettenreaktion des europaweiten Protests, indem wir jeder und jede sofort zwei Postkarten auf den Weg schicken:

An die
Botschaft der Republik Frankreich
Kapellenweg 1 a, 53179 Bonn

An den
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit
Kennedyallee 5, 53175 Bonn

"Ich protestiere gegen das Projekt Phébus im Atomforschungszentrum Cadarache!"
Name, Adresse